



Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Lothar Rommelfanger, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/5489
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
poststelle@mffki.rlp.de
www.mffki.rlp.de

8. März 2024

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz am 27.02.24**

TOP 4 „Situation der Jugendämter in Rheinland-Pfalz“

Antrag der Fraktion der Freie Wähler nach § 76 Abs. 2 GOLT

Vorlage 18/ 5223

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz wurde zugesagt, den Ausschussmitgliedern den Sprechvermerk zu
TOP 4 zukommen zu lassen. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen
den beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Binz

Anlage

Anlage

Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

am 27.02.24

TOP 4 „Situation der Jugendämter in Rheinland-Pfalz“

Antrag der Fraktion der Freie Wähler nach § 76 Abs. 2 GOLT

Vorlage 18/ 5223

Sprechvermerk

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Abgeordnete,

völlig unbestritten ist der Fachkräftemangel, der derzeit in vielen Branchen vorherrscht, eine der größten aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Eine Herausforderung, die uns noch viele Jahre begleiten wird und für die es oftmals keine kurzfristigen und einfachen Lösungen gibt.

Besonders schwierig wird es, wenn davon solch verantwortungsvolle Arbeitsbereiche betroffen sind, wie sie die Jugendämter in ganz Deutschland tagtäglich leisten. Diese Situation ist für jeden einzelnen dort tätigen Menschen in den spezialisierten Fachdiensten, wie dem Allgemeinen Sozialen Dienst, dem Pflegekinderdienst, der Trennungs- und Scheidungsberatung und vielen anderen, eine spürbare Belastung. Hinzu kommt, dass durch gesellschaftliche Veränderungen Lebensverläufe junger Menschen komplexer und unberechenbarer werden.

Der Hilfebedarf junger Menschen und ihrer Familien steigt seit vielen Jahren. Die Jugendämter sind die ersten und wichtigsten Ansprechpartner, wenn es um diese Hilfebedarfe geht.

Die Ergebnisse der Abfrage des Magazins „Report Mainz“ bei den Jugendämtern zeigen die Herausforderungen, die der Fachkräftemangel mit sich bringt. Die Situation ist angespannt – das ist der Landesregierung bewusst.

Aber sie ist auch nicht hoffnungslos. Das zu behaupten, würde den großen Anstrengungen, die die Jugendämter auf der Suche nach Fachkräften betreiben, nicht gerecht.

Denn die Lösungen, um Fachkräfte zu finden, zu binden und zu halten sind vielfältig, das wissen wir aus Rückmeldungen von Jugendamtsleitungen:

Die Maßnahmen reichen von Verbeamtungen als Anreize, vom verstärkten Einsatz dualer Studierender bis hin zur Kostenübernahme von Qualifizierungen.

Obwohl die Zuständigkeit für die Personalausstattung in den Jugendämtern bei den Kommunen liegt, engagiert sich die Landesregierung beim Thema Fachkräftegewinnung seit langem durch vielfältige Maßnahmen.

Ich nenne hier nur beispielhaft:

- die Aktualisierung der Fachkräftestrategie,
- die Überarbeitung der Fachkräftevereinbarung für die Hilfen zur Erziehung, um mehr Professionen für die Arbeit in teilstationären und stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zulassen zu können,
- die Qualifizierungsangebote für QuereinsteigerInnen durch das Landesjugendamt,
- die Überarbeitung des Landesgesetzes über die staatliche Anerkennung von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen (SoAnG), mit dem Ziel, durch eine umfassendere Anerkennungspraxis mehr Fachkräfte gewinnen zu können,

Die Frage nach der Anzahl belegter Inobhutnahmeplätze kann nicht beantwortet werden, weil es keine diesbezügliche Landesstatistik gibt. Ich habe eingangs auf die kommunale Verantwortung hingewiesen. Wir wissen aber aus unserem Berichtswesen in den Hilfen zur Erziehung, dass im Jahr 2022 in Rheinland-Pfalz 1.459 Kinder und Jugendliche durch die Jugendämter in Obhut genommen und untergebracht wurden. Das waren 89 Fälle weniger als 2021.

Wichtig ist, dass das Landesjugendamt bei der Suche nach Unterbringungsplätzen unterstützt. Wenn für einen jungen Menschen keine passende Einrichtung gefunden werden kann, hilft das Landesjugendamt dabei, sowohl in Rheinland-Pfalz als auch bundesweit nach einer geeigneten Unterbringungsmöglichkeit zu suchen.

Ganz besonders unterstützt das Landesjugendamt auch bei den sehr komplexen Fallkonstellationen, den sog. „Systemsprenger*innen“.

Dafür hat mein Haus schon 2020 im Landesjugendamt ein interdisziplinäres Fallkonsultationsteam eingerichtet, das monatliche Fallbesprechungen anbietet. Dieses Angebot – das bundesweit einzigartig ist - wird von den Jugendämtern als sehr hilfreich erlebt und regelmäßig nachgefragt.

Die Jugendämter haben aber zweifelsohne eine besonders wichtige und verantwortungsvolle Rolle darin. Die Landesregierung lässt sie hierbei nicht alleine, ganz besonders nicht in schwierigen Zeiten.

Vielen Dank!